

Beeskow braucht Millionen für Aufbau von Handel und Gewerbe

Antworten zur finanziellen Lage der Kreisstadt gibt Gerd Möller, stellv. Bürgermeister



Die Landesregierung spielte den Beeskower Stadtvätern übel mit. Sie ließ den Strom der Fördermittel für den Gewerbepark Charlottenhof abrupt versiegen. „Stadtväter, was nun?“ möchte man da ausrufen.

Anlässlich des Stolpe-Besuches in Beeskow und anderen Orten des Kreises wurde dem Ministerpräsidenten durch Beeskows Bürgermeister Fritz Taschenberger die prekäre finanzielle Lage der Stadt erläutert und die Bitte ausgesprochen, umgehend zu helfen. Durch die Streichung mehrerer Millionen Fördermittel für das Gewerbegebiet „Charlottenhof“ würde die Entwicklung der Stadt empfindlich gestört werden. Das Spree-Journal befragte daraufhin auch Bürger. Heute nun von Gerd Möller, stellvertretender Bürgermeister und Dezernent für Wirtschaft und Finanzen, eine detaillierte Darstellung der Lage.

Die Darstellung der Lage hat natürlich Staub aufgewirbelt und die Sorge um die Zukunft nicht kleiner werden lassen. Wie sieht es nun konkret mit den Finanzen der Stadt aus?

Bei der Beurteilung der finanziellen Situation der Stadt Beeskow müssen wir derzeit zwei Problembereiche auseinanderhalten.

Da ist zunächst der städtische Verwaltungshaushalt 1992, mit dem die laufenden Aufgaben der Stadt, außer Investitionen, zu finanzieren sind. Dies sind z. B. die Aufwendungen für Kindereinrichtungen, Schulen, Verwaltungen, Werterhaltung von Straßen und städtischen Gebäuden, um nur wenige Schwerpunkte aufzuzeigen.

Nachdem wir hier 1991 bei Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenheit erreicht haben, wird dies 1992 beim gegenwärtigen Sachstand nahezu unmöglich.

Den Einnahmen, die gegenüber 1991 kaum angestiegen sind, stehen zum Teil drastische Steigerungen bei Personalausgaben bevor.

Welche sind das?

Sie erwachsen aus dem Wegfall von ABM in den Kindereinrichtungen, aus Einführung und weiterer Anpassung an den Bundesangestelltentarif und den Werterhaltungskosten. Nachdem vor wenigen

Tagen die Kreisverwaltung die Schlüsselzuweisungen an die Stadt – pauschale Finanzierungsanweisungen innerhalb des Finanz- und Lastenausgleichs pro Einwohner und Jahr – von 626 DM auf 525 DM korrigierte, die Mindesteinnahme beträgt etwa 900 000 DM, ergibt sich trotz sparsamstem Einsatz der Mittel und begunnenem Personalabbau dennoch zur Zeit ein Haushaltsdefizit von 1,4 Millionen DM.

Der Hilferuf vom Bürgermeister an Herrn Dr. Stolpe mit dem Hinweis auf eine sich abzeichnende Zahlungsunfähigkeit der Stadt ergab sich aber nicht aus diesem aufgezeigten Sachverhalt, denn letztlich sind hiervon alle größeren Kommunen betroffen.

Woraus, Herr Möller, ergibt sich nun aber dann die zugespitzte Situation?

Sie ergibt sich in Beeskow vielmehr – und nun komme ich zum zweiten Problembereich – aus einer Äußerung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in Potsdam vom 14. April, mit der zugesagte Fördermittel des Landes in Höhe von 4,41 Mio DM für den Gewerbepark nicht ausgereicht werden können, da der entsprechende Fördertopf leer ist.

Das wäre aber doch ein empfindli-

cher Schlag gegen die Stadt. Was setzte man seitens der Verwaltung entgegen?

Der großen Bedeutung des Gewerbeparks für die weitere Entwicklung der Stadt Rechnung zu tragen, unternahm die Stadtverwaltung in der Vergangenheit alle Anstrengungen, um dieses Projekt trotz vieler Hemmnisse voranzubringen. Unser Antrag auf Fördermittel für dieses Vorhaben wurde bereits im November 1990 erstmals gestellt und konnte nach Abschluß der Ausschreibungsunterlagen mit exakten Kostangaben im Oktober 1991 dem Landesförderausschuß zugeleitet werden. Leider erhielten wir hier die Mitteilung, daß eine Sitzung dieses Ausschusses 1991 nicht mehr erfolgt und unser Antrag erst im Januar 92 bearbeitet werden kann. Da an einer Bewilligung der Mittel auch seitens des Außenreferates Wirtschaftsförderung Frankfurt (Oder) nicht gezweifelt wurde, entschloß sich die Stadt auf Grund der erheblichen Bedeutung des Vorhabens zum Einsatz des geforderten städtischen Eigenanteils als Anlauffinanzierung.

Die Verlegung der ersten Sitzung des Förderausschusses im Jahr 1992 auf den 25. Februar 1992 bedingte zwangsläufig zur Vermeidung eines Baustopps eine weitere Vorfinanzierung durch die Stadt. Die vielen negativen Folgen eines Baustopps rechtfertigen meiner Meinung nach diese Entscheidung, und als im Ergebnis der Sitzung vom 25. Februar unser „...Antrag zur Gewährung von Fördermitteln aus der GA zur Erschließung eines Gewerbegebietes in Beeskow-Nord, Reg.-Nr.: 08/0203 I/1-90, vorgesehener Investitionsumfang 4 900 TDM mit einem Fördersatz von 90 Prozent bewilligt wurde“ und ein Zuwendungsbescheid von 4,41 TDM erstellt worden war, sahen wir unser Engagement und unsere Entscheidung bestätigt.

Um so unverständlicher war deshalb die eingangs aufgezeigte telefonische Äußerung des Wirtschaftsministeriums vom 14. April, mit dem die Refinanzierung der zwischenzeitlich auf 1,8 Mio DM angewachsenen Vorfinanzierung der Stadt abgesagt wurde.

Da war die Gelegenheit günstig, das hier viele Bürger bewegende Problem an den Mann zu bringen. Wie reagierte der Regierungschef? Gab es bereits einen Rücklauf?

Ja, der Besuch von Dr. Stolpe war willkommener Anlaß, um über seine Person eine Klärung dieses Sachverhaltes zu erreichen.

Die ihm von Herrn Taschenberger übergebenen Erläuterungen wurden am Mittwoch mit weiteren Einzelheiten untersetzt. Dabei wurde dem Bürgermeister von der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten die umgehende Prüfung im Wirtschaftsministerium zugesichert und ein Zwischenbescheid für die kommende Woche zugesagt.

MOZ